



## Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13 DSGVO in Verbindung mit § 82 SGB X

zur Verarbeitungstätigkeit **Prüfung und Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen**

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Prüfung und Durchsetzung vorrangiger Unterhaltsansprüche verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit §§ 67a folgende SGB X, § 35 SGB I.

Die Bereitstellung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist nach § 60 SGB I gesetzlich vorgeschrieben. Deshalb sind Sie verpflichtet, die personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen.

Ihre Daten werden für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Abschluss der Akte gespeichert.

Falls Sie Ihrer Auskunftspflicht und gegebenenfalls Ihrer Zahlungspflicht nicht vollumfänglich nachkommen, werden Ihre personenbezogenen Daten im erforderlichen Umfang gegebenenfalls an andere Stellen, Behörden oder Dritte wie Finanzamt, Einwohnermeldeamt, Rentenversicherungsträger, Kraftfahrtbundesamt, Bundeszentralregister, Gerichte, Anwältinnen und Anwälte, Eltern, Kinder, (gegebenenfalls getrennt lebende und geschiedene) Ehepartnerinnen und Ehepartner, eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner weitergeleitet und von dort Auskünfte eingeholt beziehungsweise Daten erhoben.

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter [servicecenter@stadt-oldenburg.de](mailto:servicecenter@stadt-oldenburg.de) beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Der Oberbürgermeister, 26105 Oldenburg kontaktieren. Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg per E-Mail unter [datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de](mailto:datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de) beziehungsweise postalisch unter

Stadt Oldenburg (Oldb)  
Der Oberbürgermeister  
Behördliche Datenschutzbeauftragte  
- persönlich –  
26105 Oldenburg

kontaktieren.

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Art. 16 und Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)

- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.